

■ Deutsches Interesse an Afrika

Zwickmühle

Von Arnold Schölzel

Kühl beschrieb Autor Denis M. Tull in einem Papier des Außenpolitik- und BND-Instituts »Stiftung Wissenschaft und Politik« im März »Zielkonflikte und begrenzte Handlungsoptionen« der EU und der Bundesrepublik im Sahel und in Westafrika. Eine seiner Schlussfolgerungen: »De facto haben die Europäer keine Hebel, um Regimewechsel zu beschleunigen oder den russischen Einfluss zurückzudrängen. Deutschland und die EU sollten jedoch alles unterlassen, was Regimestabilität fördern könnte.«

Das lässt sich als Anleitung zum zweigleisigen imperialistischen Handeln in der geopolitischen Zwickmühle Afrika lesen: Mit den russland- und chinafreundlichen afrikanischen Militärs friedliche Koexistenz simulieren, weil sie nicht mehr wie gewohnt per Hinrichtungskrieg à la Jugoslawien, Afghanistan oder Irak weggebombt und weggeschossen werden können. Aber nichts tun, was ihnen stabile Verhältnisse sichert. Das schließt ein, die insbesondere von Frankreich und den USA seit dem »Krieg gegen den Terror« geförderte Destabilisierung der Region nicht zu unterbinden, sondern nur verdeckt weiter zu betreiben. Der Westen steht, lässt sich sagen, in solcher Lage kurz vorm Untergang.

Schließlich war sein Antiterrorkrieg stets ein Krieg zur globalen Förderung von Terror durch

Kriminelle, dschihadistische Kopfabschneider und seine verlässlichen Schildknappen. Zu denen gehört der Sarkozy-Spezi Alassane Dramane Ouattara, Präsident von Côte d'Ivoire, selbstverständlich verfassungswidrig in dritter Amtszeit, aber da er »unser« Schurke ist ... Letzte Ausfahrt: Terror köcheln lassen. In den Worten Tulls: »Gleichzeitig ist eine Vielzahl von Szenarien vorstellbar, die zu abrupten politischen Veränderungen führen können. Dazu zählen juntainterne Konflikte und weitere Putsche, aber ebenso Machtübernahmen durch neue politisch-militärische Koalitionen oder erneute soziale Protestbewegungen, die angesichts ungebremster Krisen entstehen können.« Für all das hat der Westen allerhand Expertise gesammelt.

Am Montag wurden beide Varianten in Berlin aufgeführt: Die nette Entwicklungsministerin Svenja Schulze tut was, wenn auch nicht viel, für die arbeitslose Jugend im Sahel. Die aufs Russenfressen spezialisierte Außenministerin hat aber Witterung aufgenommen. Sie besorgt der »wachsende russische Einfluss in der Region«, also besucht sie Ouattaras Terrorakademie. Tull hatte das Rezept ausgestellt: Die Eindämmung lässt sich »partiell über die Kooperation mit den westafrikanischen Küstenstaaten weiterführen.« Partiiell. Die Welt ändert sich.

■ ZK der KP Chinas berät über Wirtschaft

An der Wegscheide

Von Jörg Kronauer

Kaum 4,7 Prozent! Die Meldung, Chinas Wirtschaftswachstum verringere sich, habe im zweiten Quartal 2024 klar unter den 5,3 Prozent des ersten Quartals 2024 gelegen, machte am Montag in westlichen Leitmedien die Runde. Was war da los? Verlor die Volksrepublik, die über Jahrzehnte hin mit zeitweise zweistelligen Wachstumsraten gegläntzt hatte, wirtschaftlich an Schwung? Geriet gar deren Ökonomie, die immer noch einen großen Staatsanteil hat, in eine elementare Krise? Zeitungen bebilderten ihre Berichte zum gesunkenen Wachstum mit Fotos von Hochhäusern unter düsterem, wolkenverhangenem Himmel in Beijing, gerne – die Immobilienkrise! – mit untätigen Kränen neben halbfertigen Wohnblocks im Hintergrund. All das in der kaum verhohlenen schadenfrohen Hoffnung, der Westen könne Chinas Wirtschaftsmodell vielleicht doch überlegen sein.

Ein schwächeres Wirtschaftswachstum als zuvor – das ist auch ein Thema bei der seit Montag laufenden dritten Plenartagung des 20. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Die Volksrepublik steht ökonomisch wohl an einer Wegscheide. Der Grund: Im Westen sucht man ihre technologische Entwicklung zu bremsen, vielleicht sogar zu stoppen, indem

man ihr die modernsten Spitzentechnologien, Halbleiter beispielsweise, vorenthält. Damit läuft China Gefahr, langfristig nicht weiter wachsen zu können wie bisher und auf seinem Entwicklungsstand zu verharren. Für Beijing kommt das nicht in Frage. Es setzt daher mit aller Kraft darauf, die Spitzentechnologien selbst weiterzuentwickeln sowie künftig darüber Wachstum zu generieren. Das bisherige, stark vom Bau von Infrastruktur und Immobilien getriebene rein quantitative Wachstum soll, so wird es das ZK-Plenum wohl beschließen, Vergangenheit sein.

Klar ist allerdings: Beijing wird in nächster Zeit nicht vor allem auf Wachstumsraten schießen. Die Schadenfreude westlicher Leitmedien geht also am Kern der Sache vorbei. Klar ist auch: Falls Chinas Hightechentwicklung gelingt, haben westliche Konzerne den wohl größten Zukunftsmarkt für Spitzentechnologien verloren. Ob die Volksrepublik es schafft, sich bei den »Produktivkräften neuer Qualität«, wie sie in Beijing genannt werden, an die Weltspitze zu setzen, das entscheidet auf lange Sicht womöglich auch über die künftigen Hierarchien in der Weltpolitik. Die Weichen dazu werden jetzt und in den kommenden Jahren gestellt. Für den Westen steht es so langsam Spitz auf Knopf.

»Deserteure haben es schwer, Aufenthaltsrecht zu erhalten«

Finnland: Aktivisten gegen Krieg und Wehrdienst vernetzen sich international. Ein Gespräch mit Ronja Neumann

Ihre Aktionsgruppe fordert mit einer Adbusting-Aktion, Deserteuren in Europa Asyl zu gewähren, etwa mit bearbeiteten Plakaten vor der russischen und der belarussischen Botschaft in Berlin. Wie vernetzt sich dieser Teil der Friedensbewegung mit Kriegsgegnerinnen und -gegnern in Finnland?

Unser Treffen in Helsinki thematisierte Frieden und Kriegsdienstverweigerung. Am 11. Juli begannen wir dort, Werbeflächen mit Plakaten zu bestücken, die Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland und Belarus einfordern. Darin sehen wir einen cleveren Weg, das Kriegführen in der Ukraine zu erschweren. Es gilt, gewaltfreie Kampfformen zu entwickeln, statt immer mehr Geld in Waffen zu investieren. Mitgewirkt haben Aktive aus Deutschland und Helsinki sowie Menschen aus Belarus, die von dort vor einiger Zeit nach Litauen geflohen sind.

Unsere Aktionsgruppe fand sich im Anschluss an das Camp der Kampagne »Food Not Bombs – Essen statt Bomben« zusammen. Das Camp fand vom 24. Juni bis 5. Juli in Helsinki statt. Dort ging es um Gewaltlosigkeit und soziale Probleme in Finnland. Mahlzeiten wurden an Bedürftige verteilt, verbunden mit der Idee, sich auf die Lösung von Problemen wie Hunger, Obdachlosigkeit und Armut zu konzentrieren und zugleich Krieg, Aufrüstung und Umweltzerstörung zu beenden.

Wie fielen die Reaktionen auf die Aktion in Helsinki aus?

Die Plakate hingen tagelang aus. Adbusting ist auch in Finnland strafbar. Inwieweit sich das repressiv umsetzt,



Ronja Neumann ist Sprecherin der Aktionsgruppe »Asyl für Kriegsdienstverweiger*innen jetzt!«

hängt auch von Firmen ab, denen die Werbeflächen gehören.

Was ist Ihr Ziel?

Überall in Europa haben Deserteure Schwierigkeiten, Aufenthaltsrecht zu erhalten. Sie müssen den Einberufungsbefehl schon erhalten und ihn mit sich über die Grenze gebracht haben, um den Nachweis zu führen, dass sie den Kriegsdienst verweigert haben. Dann ist es für eine Flucht oft zu spät. Wir müssen gemeinsam Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben, Asyl zu gewähren. Auch bedarf es konkreter Hilfe, damit Menschen über die Grenze kommen können.

Aktuell wird in der BRD die Debatte geführt, ob Ukrainern im wehrfähigen Alter Asyl gewährt werden soll. Wie werten Sie es, wenn Bodo Ramelow, Linke-Ministerpräsident in Thüringen, auf X schreibt: »256.000 junge Männer aus der Ukraine, im wehrfähigen Alter, leben derzeit in Deutschland. Wie sollen wir

uns als Behörden dazu verhalten?«. Er sei weiter für die Lieferung von Waffen – »aber was ist mit Wehrpflicht und Soldaten?«

Unsere Intention war, vor allem den Angreifer zu stoppen. Ich bin aber generell dagegen, Menschen für einen Krieg einzuziehen. Alle sollten freiwillig entscheiden können, ob sie mit Waffengewalt kämpfen oder etwa den Krieg sabotieren wollen: zum Beispiel Versorgungswege für Waffenlieferungen abschneiden oder entsprechende Firmen blockieren.

Die USA wollen ab 2026 Langstreckenwaffen in Deutschland stationieren. Das hatten das Weiße Haus und die Bundesregierung am Mittwoch am Rande des NATO-Gipfels verkündet.

Warum erfolgte in der BRD kein Aufschrei?

Die Friedensbewegung ist zu wenig präsent, um Kampagnen zu starten, die den Krieg beenden könnten. Statt als Kriegsgegnerinnen und -gegner strategisch vorzugehen, ist sie mit internen Auseinandersetzungen befasst. Aufgrund von deren Problemen, sich von Rechten abzugrenzen oder weil Verschwörungstheorien kursieren, engagieren sich junge Menschen eher in der Klimabewegung.

Der Kriegssektor wird bei Klimakonferenzen oft ausgeblendet. Dabei ist er, abgesehen von den menschlichen Katastrophen, ein großes Umweltproblem. Die »Tornados« verbrennen eine Menge Treibstoff. Wir müssen aufs Abrüsten setzen. Das Geld, das aktuell in Waffen fließt, benötigen wir, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen und Armut zu bekämpfen.

Interview: Gitta Düperthal

■ Abgeschrieben

Die internationale Antikriegsorganisation World Beyond War gab am Montag die Träger ihres am 22. Juli vergebenen War Abolisher Awards bekannt:

(...) World Beyond War hat den Organizational War Abolisher Award 2024 an Combatants for Peace (CfP) verliehen, eine Gemeinschaft von Palästinenser:innen und Israel:innen, die solidarisch daran arbeiten, die Besatzung und alle Formen der Unterdrückung in Palästina und Israel zu beenden. Geleitet von den Werten des gewaltlosen Widerstands zeigen sie der Welt, dass es auch anders geht.

World Beyond War hat den Lifetime Organizational War Abolisher Award 2024 an »No to War – No to NATO« verliehen, ein internationales Netzwerk, das eine Vorreiterrolle bei der Aufklärung über Alternativen zur NATO, der Nordatlantikkpaks-Organisation, einnimmt und bei der Organisation von Protesten, Demonstrationen und kreativen Veranstaltungen gegen den NATO-Militarismus seit 2009 gespielt hat. Nein zum Krieg – Nein zur NATO war ein wichtiger Teil der Planung eines Gegengipfels und einer Kundgebung am 6. und 7. Juli 2024 in Washington, D.C.

World Beyond War hat den Youth War Abolisher Award 2024 an die Studierendenvereinigung des Trinity College Dublin verliehen. Im Mai 2024 stimmte das Trinity College zu, sich in den kommenden Monaten vollständig von israelischen Unternehmen zu trennen. Dieser Sieg folgte auf einen Protest Camp auf dem Campus, der Teil einer Bewegung auf Campusflächen in mehreren Ländern war und durch die Medienberichterstattung über ein Protestcamp an der Columbia University in New York ausgelöst wurde.

World Beyond War hat den David Hartsough Lifetime Individual War Abolisher Award 2024 an Susan Crane verliehen. Sie betreibt seit Jahrzehnten Friedenserziehung und Aktivismus und ist wiederholt für Gerechtigkeit ins Gefängnis gegangen. Crane ist derzeit in Deutschland inhaftiert, weil sie an einem gewaltfreien Protest auf dem deutschen Militärstützpunkt Büchel teilgenommen hat, wo das US-Militär Atomwaffen unter Verletzung des Atomwaffensperrvertrags, des menschlichen Anstands und des gesunden Menschenverstands lagert.

(...)

World Beyond War ist eine globale gewaltfreie Bewegung, die 2014

gegründet wurde, um Kriege zu beenden und einen gerechten und nachhaltigen Frieden zu schaffen. Der Zweck der Auszeichnungen besteht darin, diejenigen zu würdigen und ihre Unterstützung zu fördern, die sich für die Abschaffung der Institution Krieg selbst einsetzen. Da der Friedensnobelpreis und andere nominell friedensorientierte Institutionen so häufig andere gute Zwecke und tatsächliche Kriegseinsätze würdigen, möchte World Beyond War seine Auszeichnungen an Pädagogen oder Aktivist:innen vergeben, die sich gezielt und effektiv für die Abschaffung des Krieges, die Reduzierung der Kriegsführung, der Kriegsvorbereitungen und der Kriegskultur einsetzen. World Beyond War erhielt Hunderte beeindruckender Nominierungen. (...)

Die Preisträger:innen werden für ihre Gesamarbeit geehrt, die direkt einen oder mehrere der drei Abschnitte der Strategie von World Beyond War zur Reduzierung und Beseitigung von Kriegen unterstützt, wie sie im Buch »A Global Security System: An Alternative to War« dargelegt sind. Dies sind: Sicherheit entmilitarisieren, Konflikte ohne Gewalt bewältigen und eine Kultur des Friedens aufbauen.